

Samuel Goda

Die gegenwärtigen und zukünftigen Herausforderungen für die OSZE-Mission in Moldau

Einführung

Seit über zwei Jahrzehnten ist die OSZE-Mission in Moldau an den Maßnahmen zur Beilegung des Transnistrien-Konflikts beteiligt. Gleichzeitig ist sie auch in anderen Bereichen tätig, die mit der Sicherheit Moldaus im Allgemeinen zusammenhängen. Im vorliegenden Beitrag werden wir uns auf die Herausforderungen konzentrieren, mit denen die OSZE-Mission in Moldau derzeit konfrontiert ist. Um ein umfassendes Bild der Situation zu vermitteln, werden wir die gegenwärtige Lage in den Kontext vorheriger Entwicklungen in dem Land und in der Region sowie früherer Aktivitäten der OSZE-Mission in Moldau einbetten. Wir halten dies für wichtig, da – vor allem im Zusammenhang mit der Republik Moldau – viele Probleme und Herausforderungen, die dringend bewältigt werden müssen, schon seit langer Zeit bestehen.

Alle Bereiche, in denen die Mission aktiv ist, hängen mehr oder weniger miteinander zusammen. Die Aktivitäten der Mission in einem dieser Bereiche können sich daher ebenso auf andere Bereiche auswirken, was sich auch im umfassenden Sicherheitsansatz der OSZE widerspiegelt. Umgekehrt können Entwicklungen im Zusammenhang mit verschiedenen Aspekten der Sicherheit Moldaus direkte oder indirekte Konsequenzen für die Arbeit der Mission nach sich ziehen. Wir werden uns daher nicht ausschließlich auf den Transnistrien-Konflikt konzentrieren, sondern uns mit einem breiteren Themenkomplex befassen, der unserer Auffassung nach mit der Arbeit der OSZE-Mission in Moldau zusammenhängt bzw. zusammenhängen könnte.

Die OSZE-Mission und die Zivilgesellschaft

Bemühungen zur Wiederherstellung der territorialen Integrität Moldaus gibt es seit mehr als 20 Jahren, doch die abtrünnige Region Transnistrien befindet sich noch immer außerhalb der Kontrolle Chişinăus. Die Ursachen hierfür sind komplex und die Konsequenzen zahlreich, was im Folgenden eingehender analysiert werden soll. Etliche Experten in Chişinău ansässiger *Think-Tanks*, Hochschulen und der Zivilgesellschaft haben zur Rolle der OSZE – höflich ausgedrückt – „gemischte Gefühle“ geäußert. Sie kritisieren die Organisation in erster Linie als ineffektiv und behaupten, die OSZE habe bei der Beilegung des Konflikts keine Fortschritte erzielt.

Laut Theorie und Praxis der Konfliktlösung ist es besonders wichtig, dass vor Ort Eigenverantwortung für den Lösungsprozess übernommen wird. Die

Wahrnehmung eines solchen Prozesses durch zivilgesellschaftliche Akteure und ihre Beteiligung an ihm sind daher entscheidend. Darin besteht für die OSZE eine der Hauptherausforderungen: Wie kann sie die kontinuierliche Unterstützung für die OSZE-Mission durch die moldauische Zivilgesellschaft sicherstellen und wie soll sie mit der zunehmend negativen Wahrnehmung ihre Arbeit umgehen? Gleichzeitig ist den Kommentatoren und Experten durchaus bewusst, dass sich das Mandat der OSZE darauf beschränkt, einen Rahmen für mögliche Vorschläge zur Lösung des Konflikts zu schaffen, nicht aber die Möglichkeit umfasst, die beteiligten Parteien zu Zugeständnissen zu zwingen. Wenn die Experten jedoch wissen, dass das Mandat der OSZE-Mission beschränkt ist und sie ihre Arbeit dennoch als ineffektiv bezeichnen, heißt das, dass die Organisation ihre Kommunikation mit der örtlichen Zivilgesellschaft über die Frage der Konfliktbeilegung und über ihre darüber hinausgehenden Aktivitäten verbessern muss. Meine eigene Erfahrung und die anderer Forscher, die sich mit Moldau beschäftigen, bestätigt zwar, dass die OSZE-Mission in Moldau weithin als ungewöhnlich offen gegenüber der Expertengemeinschaft angesehen wird; dennoch werden einige Informationen vielleicht nicht gut genug kommuniziert. Die Mission muss daher eine Balance zwischen stiller Diplomatie und *Public-Relations*-Maßnahmen finden. Die OSZE-Mission in Moldau nutzt moderne Kommunikationsmittel wie etwa soziale Medien auf hervorragende Weise. Dennoch könnten eine engere Anbindung an und eine bessere Zusammenarbeit mit *Think-Tanks* vor Ort, die für lokale Eigenverantwortung stehen, eine positivere Haltung gegenüber der Mission fördern und damit auch die Unterstützung für ihre Strategien und Maßnahmen zur Beilegung des Konflikts erhöhen. Abgesehen davon haben örtliche *Think-Tanks* – ebenso wie die OSZE – mehrere interessante Aktivitäten auf den Weg gebracht, die eine Beilegung des Konflikts mittels Dialog, Vertrauensbildung und *Soft-Power*-Ansätzen fördern sollen. Es könnte daher für beide Seiten – für die moldauische Zivilgesellschaft ebenso wie für die Mission – vorteilhaft sein, gemeinsam oder zumindest in Abstimmung miteinander vorzugehen.

Transnistrien: ein Überblick

Die OSZE-Mission in Moldau hat im Vergleich zu Feldoperationen in anderen Staaten ein sehr spezifisches Mandat. Ihre Ziele, wie sie im Mandat niedergelegt sind, das die Mission am 4. Februar 1993 ins Leben rief, sind eindeutig politischer Natur: Hauptziel der Mission ist es, „die Herbeiführung einer dauerhaften, umfassenden politischen Lösung des Konflikts in allen seinen Aspekten auf der Grundlage der folgenden Übereinkunft zu fördern, die die Konfliktparteien und andere betroffene Parteien gegenüber dem persönlichen Vertreter der/des amtierenden Vorsitzenden zum Ausdruck gebracht haben:

- „Konsolidierung der Unabhängigkeit und Souveränität der Republik Moldau in ihren gegenwärtigen Grenzen und Verstärkung der territorialen Integrität des Staates sowie eine Übereinkunft über einen Sonderstatus der Trans-Dnjestr-Region;
- eine Vereinbarung über den Rückzug ausländischer Truppen;
- wirksame Einhaltung internationaler Verpflichtungen und Engagements bezüglich Menschen- und Minderheitenrechte;
- Unterstützung bei der Überwachung der Verwirklichung von Vereinbarungen über eine dauerhafte politische Lösung.“¹

Neben ihren Bemühungen zur Beilegung des Transnistrien-Konflikts war die OSZE-Mission in mehreren anderen Sicherheitsbereichen aktiv. So entwickelte sie interessante Projekte und Instrumente z.B. zur Förderung der Einhaltung der Menschen- und Minderheitenrechte und der Grundfreiheiten, zur Vertrauensbildung, zur Unterstützung von Rüstungskontrolle und Abrüstung, zur Förderung von Demokratisierung, Rechtsstaatlichkeit und Medienfreiheit sowie zur Bekämpfung des Menschenhandels.

Zu den Aufgaben der OSZE als internationales Forum und politische Kraft gehört es, Brücken zwischen Akteuren zu bauen und dabei die geopolitischen Gegebenheiten zu berücksichtigen. Einigen OSZE-Experten und -Praktikern zufolge, mit denen wir in Chişinău sprachen, ist die Denkweise des Kalten Krieges nie völlig aus der Wiener Hofburg verschwunden. Die gegenwärtige Situation in der Ukraine ist ein sehr gutes Beispiel dafür, wie sensibel die OSZE bei ihrer Arbeit vorgehen muss. Unserer Ansicht nach hat die Ukraine-Krise das Potenzial, auf beide Ufer des Dnjestr überzuschwappen, wenn auch auf unterschiedliche Art und Weise. Die meisten Experten halten dies für eine realistische und kurzfristige Möglichkeit, auch wenn sie eher unwahrscheinlich ist.² Liegen die Ursachen der Ukraine-Krise tatsächlich in der Kombination aus einer gespaltenen Gesellschaft, die sich inmitten eines mit enormer Korruption und einem anhaltenden wirtschaftlichen Niedergang einhergehenden gescheiterten Staatsbildungsprozesses befindet, einerseits und der Lage der Ukraine im Zentrum eines geopolitischen und geowirtschaftlichen Wettstreits zwischen regionalen Akteuren, die extrem großen Einfluss auf das Land haben und die Krise anheizen, indem sie Unterstützung in Form von Waffen, geheimdienstlicher Tätigkeit, Logistik und Material liefern und gleichzeitig eine aufwändige Desinformationskampagne betreiben, andererseits, dann könnte dasselbe auch auf das rechte (westliche) Ufer des Dnjestr zutreffen.

Die gilt unserer Meinung nach derzeit nicht im selben Maße für die Situation am linken (östlichen) Ufer. Trotz der Kürzungen in der wirtschaftlichen Un-

1 KSZE-Mission in die Republik Moldau, CSCE/19CSO/Journal Nr. 3, Anhang 3, in: KSZE, Neunzehntes Treffen des Ausschusses Hoher Beamter, Prag 1993, Journal Nr. 3, 4. Februar 1993.

2 Vgl. Interviews des Autors in Chişinău.

terstützung, die Russland sowohl den Behörden als auch den einfachen Leuten und Rentnern in Transnistrien zukommen lässt, ist die Lage insgesamt für Russland nach wie vor günstig. In diesem Zusammenhang ist auf die Proteste Ende Februar 2015 in Tiraspol hinzuweisen, wo rund 300 Menschen gegen wirtschaftliche Sparmaßnahmen, den Anstieg der Preise im Gesundheits- und Bildungswesen sowie in der Landwirtschaft und gegen die von Präsident Jewgeni Schewtschuk vertretenen politischen Eliten demonstrierten.³ Wie das Nachrichtenportal *Jurnal* berichtete, „hat der Separatistenführer Jewgeni Schewtschuk die Renten für die Einwohner auf der linken Seite des Dnjestr gekürzt. Die sogenannte Regierung in Tiraspol hat Anfang des Jahres auch die Vergünstigungen im öffentlichen Personenverkehr für Rentner, Eltern mit vielen Kindern und andere Personengruppen gestrichen, und dies in einer Situation, in der Moskau sich geweigert hat, seine Unterstützung für Transnistrien in Höhe von 100 Millionen Dollar zu verlängern. [...] Die Einwohner der linken Seite des Dnjestr befinden sich in einer schwierigen Lage, seitdem Russland diesen Sommer die Zahlung einiger Renten eingestellt hat und nachdem in letzter Zeit die Preise für Lebensmittel, Nebenkosten und Medikamente angestiegen sind.“⁴ Die Proteste richteten sich jedoch offensichtlich nicht gegen die Russische Föderation, sondern gegen die politischen Eliten Transnistriens. Die Haltung Transnistriens gegenüber Russland zeigt sich vielmehr an einem Schritt, den der Oberste Sowjet Transnistriens unternahm. Vertreten durch seinen Vorsitzenden, Michail Burla, richtete der Oberste Sowjet im März 2014 eine Petition an den Vorsitzenden der russischen Staatsduma, Sergei Naryschkin, in der es um die Möglichkeit ging, dass Transnistrien nach dem Vorbild der Krim und im Einklang mit dem neuen russischen Gesetz über die „Integration“ neuer Gebiete unter bestimmten Bedingungen fester Bestandteil der Russischen Föderation wird. Das Gesetz ist jedoch aus verschiedenen Gründen nicht auf Transnistrien anwendbar: Die moldauische Regierung kann definitiv nicht als „ineffektiv“ bezeichnet werden, das hypothetische Referendum (über den Beitritt zur Russischen Föderation) müsste, obwohl die abtrünnige Republik eine eigene Gesetzgebung hat, nach moldauischem Recht durchgeführt werden, und schließlich gibt es, da Transnistrien keine anerkannte Entität ist, dort auch keine offiziellen moldauischen Regierungsbehörden, die den Antrag auf Beitritt zur Russischen Föderation stellen könnten.⁵

Im Jahr 2006 war in Transnistrien ein Referendum abgehalten worden, um die öffentliche Meinung zu folgenden Fragen in Erfahrung zu bringen: „Un-

3 Vgl. Protest la Tiraspol împotriva politicilor de austeritate [Proteste in Tiraspol gegen die Sparpolitik], Teleradio Moldova, unter: <http://www.trm.md/ro/regional/protest-la-tiraspol-impotriva-politicilor-de-austeritate>

4 Protests in Tiraspol against Shevchuk's austerity policies, Jurnal.md, unter: <http://cms4.jurnal.md/en/social/2015/3/2/protests-in-tiraspol-against-shevchuk-s-austerity-policies> (alle Zitate aus fremdsprachigen Quellen sind eigene Übersetzungen).

5 Vgl. Svetlana Bočarova/Lilija Birjukova, Pridnestrov'e kak Krym [Transnistrien als Krim], in: *Vedomosti*, 18. März 2014, unter: <http://www.vedomosti.ru/newspaper/articles/2014/03/18/pridnestrove-kak-krym>.

terstützen Sie den Unabhängigkeitskurs Transnistriens und den anschließenden freien Beitritt zur Russischen Föderation?“ und „Halten Sie es für möglich, dass Transnistrien auf die Unabhängigkeit verzichtet und anschließend Teil der Republik Moldau wird?“ Im ersten Fall stimmten 97,1 Prozent dafür, im zweiten Fall 94,6 Prozent dagegen. Die Wahlbeteiligung lag bei 78,6 Prozent.⁶ Es dürfte nicht überraschen, dass die Ergebnisse von der OSZE, der EU und zahlreichen Staaten nicht anerkannt wurden. Dennoch waren das Referendum von 2006 und die Petition des Obersten Sowjets von 2014 eine klare Botschaft an die Adresse der OSZE und anderer beteiligter Parteien. Transnistrien hat kein Interesse an einer Reintegration in den moldauischen Staatsverband, trotz seiner Teilnahme an den offiziellen Gesprächen im „5+2“-Format, dessen letztes inoffizielles Treffen am 21. April 2015 in Wien stattgefunden hat, allerdings ohne nennenswerte Resultate.

Die gemeinsame Basis, auf der die Vertreter Moldaus und Transnistriens eine Beilegung des Konflikts im Rahmen der OSZE erreichen könnten, ist daher äußerst schmal – falls es eine solche überhaupt gibt. Für die OSZE wird es sehr schwierig werden, einen Weg zu finden, beide Seiten zu einer Beteiligung an der Lösung des Konflikts zu bewegen, solange Chişinău weiterhin von Reintegration und Tiraspol von Unabhängigkeit oder vom Beitritt zur Russischen Föderation spricht. Und wenn wir sagen, dass Tiraspol kein Interesse an Fortschritten in den gemeinsamen Verhandlungen hat, müssen wir auch ernsthafte Bedenken erwähnen, ob Chişinău in dieser Hinsicht überhaupt selbst ernst zu nehmende Absichten hat. Fast 25 Jahre nach dem Ausbruch des Konflikts hat die Zentralregierung keinen echten Plan für die Reintegration Transnistriens in einen Einheitsstaat. Die politische Konfliktökonomie spielt auf beiden Seiten sicherlich eine entscheidende Rolle. Auf regionaler Ebene lassen die Situation in der Ukraine und die Haltung der neuen ukrainischen Regierung einen Richtungswechsel vermuten, auf den die neuen wirtschaftlichen Restriktionen, die die Ukraine über Transnistrien verhängt hat, die Verstärkung der Grenzsicherung zwischen der Ukraine und Transnistrien und die jüngsten Versuche, den in Transnistrien stationierten russischen Streitkräften⁷ das Durchqueren ukrainischen Territoriums zu untersagen,⁸ hindeuten. Aus russischer und transnistrischer Sicht könnte dies als feindselige Maßnahme aufgefasst werden, die Fortschritte im Rahmen des „5+2“-Formats zusätzlich erschwert. Auf internationaler Ebene sind Russlands Beziehungen zur EU und zu den USA momentan äußerst angespannt und die Kommunikation ist stark eingeschränkt. Alles in allem ist unserer

6 Vgl. Transnistria (part of Moldova). Independence Referendum, 2006, Electoral Geography, unter: <http://www.electoralgeography.com/en/countries/t/transnistria/2006-independence-referendum-transnistria.html>.

7 Die ehemalige russische 14. Armee, die heute als *Operativnaja grupa rossiskich voisk* (Operative Gruppe der russischen Streitkräfte, OGRV bzw. OGRS) bezeichnet wird.

8 Vgl. Ukraina oficial'no zapretit tranzit rossiskich voennykh v Pridnestrov'e [Ukraine verbietet offiziell russischen Truppen den Transit durch Transnistrien], in: point.md, unter: <http://point.md/ru/novosti/obschestvo/ukraina-oficialjno-zapretit-tranzit-rossijskih-voennih-v-pridnestrovje>.

Auffassung nach kurz- oder mittelfristig nicht mit einer Beilegung des Transnistrien-Konflikts zu rechnen.

Gagausien

Gagausien (*Gagauziya* oder *Gagauz Yeri* auf Gagausisch, offiziell Autonome Territoriale Einheit Gagausien) ist eine Region im Süden Moldaus mit 155.000 Einwohnern (rund 4,6 Prozent der Gesamtbevölkerung Moldaus). Einige Experten sind der Meinung, dass diese Region eine weitere große Herausforderung für die nationale und territoriale Integrität Moldaus darstellt, der größere Aufmerksamkeit gewidmet werden sollte, als es gegenwärtig der Fall ist. Wir betrachten das Thema an dieser Stelle jedoch nicht unter dem Gesichtspunkt eines von einigen Beobachtern so genannten „gagausischen Separatismus“, sondern im breiteren Kontext einer gescheiterten Politik der Zentralregierung zur Einbindung von Moldaus zahlreichen Minderheiten in den Prozess der Staats- und Nationenbildung. Der Fall Gagausien steht lediglich stellvertretend für die häufigste Konsequenz eines tieferliegenden Problems, nämlich unangemessener und vernachlässigter Bemühungen um die Integration von Minderheiten.

Das gagausische Volk, bei dem es sich um turksprachige orthodoxe Christen handelt, unterscheidet sich ethnisch und kulturell vom Rest des Landes. Seine Ursprünge sind historisch noch immer nicht eindeutig geklärt. Gagausien ist auch keine ethnisch homogene Region; neben der großen Mehrheit der Gagausen leben dort auch zahlreiche (bessarabische) Bulgaren, Ukrainer, Roma und andere Ethnien. Verkehrssprache ist heute statt Gagausisch, Bulgarisch oder Rumänisch überwiegend Russisch. Die Jugendlichen in der Region sprechen bevorzugt Russisch und aufgrund der Tatsache, dass an den meisten Schulen sowie an der einzigen Universität der Region Russisch gesprochen wird, steht die jüngere Generation Moskau wahrscheinlich näher als Chişinău. Nach der Auflösung der UdSSR wuchsen Angst und Ungewissheit unter der gagausischen Bevölkerung, die historisch stets freundschaftliche Beziehungen mit Russland unterhalten hatte und sich eher der sowjetischen bzw. der russischen als der rumänischen Kultur zugehörig fühlte. Die Ängste multiplizierten sich infolge des Vorgehens der Moldauischen Volksfront, einer offen prorumänischen und antirussischen Bewegung.⁹ Ebenso wie die Be-

9 Die Moldauische Volksfront wird wie folgt beschrieben: „Die Moldauische Volksfront (PFM), eine politische Kraft, die mit drastischen Veränderungen in der Gesellschaft assoziiert wird, konzentrierte sich auf ethnische Probleme. Sie lenkte die Aufmerksamkeit auf diese speziellen Probleme, ohne zur Konsolidierung der Gesellschaft beizutragen. Das Erreichen politischer Ziele war in jener Zeit in der Regel mit dem Gedanken ‚Vernichte deinen Feind‘ verbunden. Jeder Hinweis auf die Notwendigkeit eines Dialogs oder vernünftiger Kompromisse wurde als Verrat interpretiert und umgehend zurückgewiesen.“ United Nations Development Programme (UNDP), *Towards a Culture of Peace, National Human Development Report, Republic of Moldova 2000*, S. 29, unter: hdr.undp.org/sites/default/files/moldova_2000_en.pdf.

wohner Transnistriens empfanden die Gagausen die Möglichkeit einer Vereinigung Moldaus mit Rumänien als unmittelbare Bedrohung und befürchteten unterdrückt zu werden. Das Thema ist noch immer aktuell, da einige Teile der moldauischen Gesellschaft nichts gegen eine Vereinigung mit Rumänien einzuwenden hätten und viele Befürworter diese Idee sogar sehr stark unterstützen. Die Menschen aus Gagausien und andere Moldauer mit „prorussischen“ Ansichten sind davon überzeugt, dass die „pro-EU“-Ausrichtung der moldauischen Außenpolitik automatisch zu einer Vereinigung mit Rumänien führen würde. Diese beiden Themen werden daher oft miteinander vermischt.¹⁰

Am 19. August 1990 erklärte Gagausien seine Unabhängigkeit von Chişinău.¹¹ Tiraspol folgte diesem Beispiel am 2. September 1990 und erklärte sich ebenfalls für unabhängig. Nach Angaben der OSZE und laut den meisten moldauischen Experten war der Konfliktauslöser in beiden Fällen die Sprachenfrage. Anders als in Transnistrien gewährte die Zentralregierung in Chişinău Gagausien 1994 mit der Verabschiedung des Gesetzes über den besonderen Rechtsstatus Gagausiens Autonomie.¹² Damit sollten weiteres Blutvergießen und die fortschreitende Desintegration des Landes aufgehalten werden. Auch wenn es mithilfe des Gesetzes gelang, den Konflikt zu entschärfen, war es zu vage, um den Wunsch nach Autonomie langfristig erfüllen zu können. Ein Kommentator merkte an: „Die Kontroversen [über die Verteilung der Kompetenzen, S.G.] waren bereits im Entwurfsstadium des Autonomiegesetzes zu einem großen Teil ‚vorprogrammiert‘. Ein minimalistischer Ansatz bei der inhaltlichen Gestaltung der einzelnen Bestimmungen verein-

10 „Am 30. August 1989 wurde die Verfassung der Moldauischen Sozialistischen Sowjetrepublik um Artikel 70 ergänzt, der das Moldauische – im lateinischen Alphabet geschrieben – als Staatssprache einführte. Dem Russischen wurde der Status einer Lingua franca zur interethnischen Kommunikation zuerkannt, die gagausische Sprache sollte geschützt werden. Am folgenden Tag wurde mit dem „Gesetz über den Gebrauch von Sprachen auf dem Territorium der Moldauischen SSR“ festgelegt, dass Russisch ebenso wie Rumänisch in ganz Moldau gesprochen werden konnte.“ Tiago Ferreira Lopes, Post-soviet Unfrozen dilemmas: Profiling Gagauzia, in: State Building and Fragility Monitor Newsletter No. 7, März 2014, S. X-XIV, hier: S. XI, unter: <https://statebuildingmonitor.files.wordpress.com/2012/08/newsletter-7.pdf>.

11 Am 12. November 1989 versammelten sich Delegierte und örtliche Gagausen in Gagausiens Hauptstadt Comrat und riefen die „Gagausische Autonome Sozialistische Sowjetrepublik (ASSR) innerhalb Moldaus“ aus. Der moldauische Oberste Sowjet erklärte die Deklaration umgehend für ungültig. Nachdem die von Gagausen bewohnten Regionen in den ersten Monaten des Jahres 1990 von Chişinău kaum wirtschaftliche oder kulturelle Unterstützung erhalten hatten, versammelten sich erneut gagausische Delegierte und Offizielle in Comrat und erklärten am 22. Juni 1990 noch einmal die Gründung der Gagausischen ASSR innerhalb Moldaus. Am 19. August 1990 proklamierte die gagausische Führung die „Gagausische Sozialistische Sowjetrepublik“, die von Moldau unabhängig und Teil der Sowjetunion sein sollte. Die gagausische Führung beschloss, am 28. Oktober 1990 Wahlen zum Obersten Sowjet der selbsternannten Republik abzuhalten. Am 26. Oktober rief der moldauische Oberste Sowjet daraufhin den Notstand im Süden Moldaus aus. Vgl. Priit Järve, *Autonomy of Gagauzia: a Post-Soviet Experience*, in: Zelim Skurbaty (Hrsg.), *Beyond a One-Dimensional State: An Emerging Right to Autonomy?*, Leiden 2005, S. 429-456, hier: S. 433.

12 Vgl. Law on special legal status of Gagauzia (Gagauz-Yeri), unter: <http://www.e-democracy.md/files/elections/gagauzia2006/special-legal-status-gagauzia-en.pdf>.

fachte zwar offensichtlich die Verhandlungen über den Entwurf des Dokuments. Er hatte jedoch zur Folge, dass das Dokument keine konkreten Angaben über die Kompetenzen in einem bestimmten Politikbereich oder über die Aufteilung der Entscheidungsbefugnisse in dem Bereich zwischen der Zentral- und der Autonomieregierung enthielt. Die bei der Formulierung des Gesetzes getroffenen Entscheidungen zögerten den Konflikt hinaus und verschoben ihn auf die Phase nach dem Abkommen.¹³ Das Fehlen konkreter Details über die Gestaltung der Beziehungen zwischen den Zentralbehörden und der Autonomieverwaltung, insbesondere in Bezug auf Kompetenzen und Finanzen, bot erneut Raum für gegenseitiges Misstrauen, Verdächtigungen und Schuldzuweisungen.

In jüngster Vergangenheit fanden in der Region zwei wichtige Ereignisse statt: Das erste war ein Referendum, das am 2. Februar 2014 abgehalten wurde und in dem die Wähler gefragt wurden, ob sie eine engere Anbindung an die Europäische Union oder an die Eurasische (GUS-)Zollunion bevorzugten. Das Ergebnis war eindeutig: „Die Vorsitzende der gagausischen Wahlkommission, Valentina Lisnic, erklärte am 3. Februar, dass 98,4 Prozent der Wähler für engere Beziehungen zur GUS-Zollunion gestimmt hatten. In einer gesonderten Frage sprachen sich 97,2 Prozent gegen eine engere EU-Integration aus. Außerdem unterstützten 98,9 Prozent der Wähler Gagausiens Recht, sich für unabhängig zu erklären, sollte Moldau seine eigene Unabhängigkeit verlieren oder aufgeben. Die Wahlbeteiligung bei der Abstimmung am 2. Februar lag bei über 70 Prozent.“¹⁴ Das Referendum in Gagausien – insbesondere seine Rechtsgrundlage – wurden nahezu umgehend in Frage gestellt: „Im letzten Monat [Januar 2014, S.G.] leitete Moldaus Generalstaatsanwalt eine Untersuchung bezüglich Gagausiens Plan, ein Referendum abzuhalten, mit der Begründung ein, die Abstimmung sei bereits zuvor von einem Gericht in Gagausien als verfassungswidrig abgelehnt worden. Auch Moldaus Ministerpräsident Iurie Leanca sagte gegenüber RFE/RL's Moldovan Service, das Referendum vom 3. Februar sei rechtlich nicht legitimiert gewesen.“¹⁵ Obwohl rechtliche Aspekte ebenfalls wichtig sind, möchten wir uns hier auf die politische Bedeutung dieser Ereignisse konzentrieren. Politisch stellt das Ergebnis des Referendums einen nahezu einstimmigen Dissens zwischen der Bevölkerung Gagausiens und Chişinăus Außenpolitik dar. Im umfassenderen politischen Sinne können die dramatischen Ergebnisse des Referendums als klares Signal an Chişinău und die OSZE verstanden werden, dass sie ihr Engagement verstärken müssen, damit sich solche Ereignisse in

13 Oleh Protsyk, Gagauz Autonomy in Moldova: The Real and the Virtual in Post-Soviet State Design, in: Marc Weller/Katherine Nobbs (Hrsg.), *Asymmetric Autonomy and the Settlement of Ethnic Conflicts*, Philadelphia, PA, 2010, S. 231-251, hier: S. 235, auch unter: <http://www.policy.hu/protsyk/Publications/ProtsykGagAutonomy09fx.pdf>.

14 Radio Free Europe/Radio Liberty, Gagauzia Voters Reject Closer EU Ties For Moldova, 3. Februar 2014, unter: <http://www.rferl.org/content/moldova-gagauz-referendum-counting/25251251.html>.

15 Ebenda.

Zukunft nicht wiederholen, und dass sie Gagausien stärker in die Entscheidungsprozesse und den Dialog mit den Zentralbehörden einbinden müssen. Das zweite wichtige Ereignis war die Wahl des gagausischen Regierungschefs (*Başkan*), die am 22. März 2015 stattfand. Zehn Kandidaten waren für die Wahl registriert. Sie waren allesamt parteilos, die drei Kandidaten, die schließlich die meisten Stimmen erhielten, wurden jedoch von politischen Parteien unterstützt: Valerii Ianioglo, der 7,98 Prozent der Stimmen erhielt, von der Partei Vereinigtes Gagausien, Nicolai Dudoglo, für den 19,06 Prozent stimmten, von der Demokratischen Partei Moldaus und der Bewegung *Ravnopravie* („Gleichberechtigung“) und die Wahlsiegerin Irina Vlah mit 51,11 Prozent der Stimmen von der Partei der Sozialisten der Republik Moldau. Leider hatten nicht alle Kandidaten ihre Programme im Internet veröffentlicht. Die große Mehrheit derjenigen Programme, die *online* einsehbar waren, enthält jedoch prorussische Ziele und Aussagen und befürwortete die Zollunion.¹⁶ Vor allem in Irina Vlahs Wahlkampf spielte Russland eine wichtige Rolle; so beteiligten sich beispielsweise russische Prominente an ihren Wahlkampfveranstaltungen. Wichtiger war jedoch die Aussage in ihrem Wahlprogramm, dass die Russische Föderation der Garant sowohl für die staatliche Souveränität Moldaus als auch für die Autonomie Gagausiens sei.¹⁷ Dies bestätigt nur noch einmal, dass Chişinău sich dringend stärker mit Gagausien auseinandersetzen muss, wenn es die Region nicht verlieren will. Natürlich muss auch betont werden, dass entsprechende Bemühungen höchstwahrscheinlich wieder einmal mit den anscheinend nie endenden Streitigkeiten unter den Politikern in Chişinău und in der gesamten Region verquickt würden.¹⁸

Fazit

Die OSZE-Mission in Moldau steht mehreren Herausforderungen gegenüber – alten und wohlbekannteren, aber auch neuen Problemen, die das Potenzial haben für unangenehme Überraschungen zu sorgen. Wie oben bereits erwähnt, entstammen diese Herausforderungen sowohl dem internationalen als auch dem regionalen Sicherheitsumfeld sowie der innenpolitischen Sphäre. Die OSZE steht irgendwo inmitten dieser Prozesse. Der am besten entwickelte Bereich der OSZE-Aktivitäten ist wahrscheinlich die Konfliktprävention. Die aktuelle regionale Sicherheitssituation in Südosteuropa scheint eine ungewöhnliche Herausforderung für die Konfliktzyklus-Theorie darzustellen:

16 Zu den Kandidaten und ihren Programmen siehe: Elections of the Governor (Başkan) of Gagauzia (Gagauz Yeri) on March 22, 2015, e-democracy.md, unter: <http://www.e-democracy.md/en/elections/bascan/2015>.

17 Irina Vlahs Wahlprogramm ist einsehbar unter: <http://www.e-democracy.md/en/elections/bascan/2015/irina-vlah>.

18 Vgl. Veaceslav Berbeca, Political Situation in Gagauzia: The Result of Internal Struggles or External Influence, Moldovan Foreign Policy Statewatch, Ausgabe 76, Februar 2014, unter: <http://viitorul.org/doc.php?l=en&id=4333&idc=358>.

Der Prozess der Konfliktbeilegung ist zum Stillstand gekommen und es geht nun wieder um Konfliktverhütung. Die OSZE muss dies berücksichtigen und entsprechend vorgehen.